

Gesetz zur Erhaltung und Förderung der Gesundheit (Gesundheitsgesetz, GesG)		
vom 30. Mai 2007 ¹		
Der Landrat von Nidwalden,		
gestützt auf Art. 28 und 60 der Kantonsverfassung, in Ausführung des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1970 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) ² , des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 2000 über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) ³ , des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 2004 über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) ⁴ , des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) ⁵ , des Bundesgesetzes vom 23. Juni 2006 über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG) ⁶ ,		gestützt auf Art. 28 und 60 der Kantonsverfassung, in Ausführung des Bundesgesetzes vom 23. Juni 2006 über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG) ² , des Bundesgesetzes vom 18. Dezember 1970 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiengesetz) ³ , des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 2000 über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) ⁴ , des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) ⁵ , des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 2004 über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (Transplantationsgesetz) ⁶ sowie des Bundesgesetzes vom 30. September 2011 über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG) ⁷ ,
beschliesst:		
I. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN		
Art. 1 Zweck, Begriff		
¹ Das Gesetz bezweckt die Gesundheit der Bevölkerung zu erhalten, zu fördern, wiederherzustellen und ihre Gefährdung zu verhindern. Der Eigenverantwortung und Wirtschaftlichkeit soll angemessen Rechnung getragen werden.		
² Die Gesundheit ist ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.		
Art. 2 Geltungsbereich		
¹ Dieses Gesetz regelt:		
1. die Organisation und Zuständigkeit von Kanton und Gemeinden im Gesundheitswesen;		

2. die Berufe im Gesundheitswesen;		
3. die Institutionen im Gesundheitswesen;		
4. die Patientenrechte und –pflichten;		
5. die Gesundheitsförderung und Prävention;		
6. die Krankheitsbekämpfung;		
7. die Kontrolle und das Inverkehrbringen der Heilmittel.		
² Vorbehalten bleiben die Bestimmungen zum Gesundheitswesen in anderen kantonalen Erlassen sowie im interkantonalen, eidgenössischen und internationalen Recht.		
II. ORGANISATION UND ZUSTÄNDIGKEIT		
A. Kanton		
Art. 3 Instanzen auf kantonaler Ebene		
Die Gesundheitsgesetzgebung wird beim Kanton insbesondere von folgenden Instanzen vollzogen:		
1. Regierungsrat;		
2. Direktion;		
3. Amt;		
4. Kantonsärztin oder Kantonsarzt;		
		4a. Kantonszahnärztin oder Kantonszahnarzt;
5. Kantonsapothekerin oder Kantonsapotheker;		
6. Kantonstierärztin oder Kantonstierarzt;		
7. Kantonschemikerin oder Kantonschemiker;		
8. Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention;		
9. Ethikkommission.		
Art. 4 Regierungsrat		
Das öffentliche Gesundheitswesen steht unter der Aufsicht des Regierungsrates.		

Art. 5	Direktion		
	¹ Die Direktion leitet und überwacht im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung das öffentliche Gesundheitswesen. Sie vollzieht internationale und interkantonale Vereinbarungen.		
	² Sie ist für alle Massnahmen, Verfügungen und Entscheide auf dem Gebiet des Gesundheitswesens zuständig, die nicht ausdrücklich einer anderen Instanz übertragen sind.		
Art. 6	Amt		
	¹ Das Amt ist Ausführungsorgan der Direktion und übernimmt alle Planungs- und Verwaltungsaufgaben, die nicht einer anderen Instanz der Direktion übertragen sind. Es koordiniert diese Aufgaben mit den übrigen Instanzen der Direktion.		
	² Es ist zuständig, die Bewilligungen für die Berufe im Gesundheitswesen mit Ausnahme der Berufe in der Tiermedizin zu erteilen sowie deren Berufsausübung zu überwachen.		
Art. 7	Kantonsärztin oder Kantonsarzt		
	Die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt unterstützt die Direktion in humanmedizinischen Fragen und hat insbesondere:		
	1. Massnahmen gegen übertragbare und andere Krankheiten zu ergreifen oder anzuordnen;		
	2. die Gesundheitsbehörden der Gemeinden in humanmedizinischen Belangen zu unterstützen und zu beraten;		
	3. das Amt bei der Überwachung der Berufsausübung zu unterstützen;		
	4. Massnahmen zur Sicherung der Gesundheitsförderung und Prävention zu unterstützen;		
	5. die Aufgaben im Rahmen des schulärztlichen Dienstes gemäss der Volksschulgesetzgebung ⁷ zu erfüllen;		
	6. die amtsärztlichen Aufgaben zu Gunsten der Untersuchungs- und Gerichtsbehörden zu erfüllen.		
		Art. 7a	Kantonszahnärztin oder Kantonszahnarzt
			Die Kantonszahnärztin oder der Kantonszahnarzt unterstützt die Direktion in zahnmedizinischen Fragen und hat insbesondere die folgenden Aufgaben:
			1. die Aufsicht über die Schulzahnpflege;
			2. die Begutachtung von zahnärztlichen Behandlungsvorschlägen im Sozialbereich;

		3. die Unterstützung und Beratung der kommunalen Gesundheitsbehörden in zahnmedizinischen Belangen;
		4. die Unterstützung des Amtes bei der Überwachung der Berufsausübung.
Art. 8	Kantonsapothekerin oder Kantonsapotheker	
Die Kantonsapothekerin oder der Kantonsapotheker unterstützt die Direktion in pharmazeutischen Fragen und ist insbesondere zuständig für:		
1. die Heilmittelkontrolle mittels Betriebsinspektionen sowie Überwachung von Verkehr und Abgabe von Heilmitteln;		
2. die Überprüfung der Berufsausübungen im Zusammenhang mit Heilmitteln.		
Art. 9	Kantonstierärztin oder Kantonstierarzt	
Die Kantonstierärztin oder der Kantonstierarzt unterstützt die Direktion in veterinärmedizinischen Fragen und ist insbesondere zuständig für:		
1. die Aufsicht, Kontrolle und den Vollzug der Heilmittelgesetzgebung für den Tierarzneimittelbereich;		
2. die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung der Veterinärmedizinerinnen und Veterinärmediziner und anderer Berufe zur Gesundheitspflege am Tier.		
		Art. 10a Ethikkommission
		¹ Die Direktion ernennt gestützt auf Art. 54 HFG ⁷ eine Ethikkommission.
		² Der Regierungsrat kann den Beitritt zu einer überregionalen Ethikkommission beschliessen. Dabei nimmt die Direktion die dem Kanton zugewiesenen Aufgaben wahr.
Art. 10	Kantonschemikerin oder Kantonschemiker	
Die Kantonschemikerin oder der Kantonschemiker unterstützt die Direktion insbesondere in Fragen betreffend Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände und gefährliche Stoffe und nimmt die Aufgaben gemäss der kantonalen und eidgenössischen Gesetzgebung wahr.		
Art. 11	Koordinierter Sanitätsdienst	
¹ Der Kanton sorgt für die medizinische Versorgung, die psychologische Betreuung und die sanitätsdienstliche Rettung bei Katastrophen oder in ausserordentlichen Lagen (koordinierter Sanitätsdienst).		
² Die Direktion ist für Aufbau, Führung und Organisation des koordinierten		

Sanitätsdienstes sowie Unterhalt der benötigten Mittel zuständig.		
Art. 12 Rettungsdienste		
¹ Der Kanton sorgt für Rettungsdienste.		
² Er stellt den Betrieb einer Sanitätsnotrufzentrale sowie die Notfall- und Krankentransporte sicher.		
Art. 12a Gemeinwirtschaftliche Leistungen¹⁹		Art. 12a Gemeinwirtschaftliche Leistungen 1. Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause
¹ Der Kanton leistet Beiträge zur Sicherstellung der Grundversorgung mit Pflegeleistungen der Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause auf dem gesamten Kantonsgebiet.		
² Er kann gestützt auf eine Leistungsvereinbarung mit einer oder mehreren Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause Kosten für gemeinwirtschaftliche Leistungen übernehmen, insbesondere für:		
1. den Zusatzweg bei Pflege von Personen in abgelegenen Gebieten durch Organisationen mit einer Behandlungspflicht;		
2. die Bereitstellung eines 24-Stundendienstes;		
3. die Gewährleistung eines Notfalldienstes;		
4. Sicherstellung der Ausbildung.		
³ Der Regierungsrat schliesst unter dem Vorbehalt der vom Landrat bewilligten Kredite die Leistungsvereinbarung ab.		
⁴ Die Kosten für anerkannte Pflegeleistungen, die von Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause erbracht werden und nicht in Zusammenhang mit der Erfüllung des Grundversorgungsauftrages stehen, sind durch die Pfl egetaxe gemäss Art. 28f des kantonalen Krankenversicherungsgesetzes ²⁰ gedeckt.		

		Art. 12b 2. Psychiatrische Versorgung
		¹ Der Kanton kann zur Sicherstellung der psychiatrischen Versorgung gestützt auf eine Leistungsvereinbarung Kosten für gemeinwirtschaftliche Leistungen übernehmen.
		² Der Regierungsrat schliesst unter dem Vorbehalt der vom Landrat bewilligten Kredite die Leistungsvereinbarung ab. Der Landrat ist dabei nicht an die verfassungsmässige Finanzkompetenz gebunden.
B. Gemeinden		
Art. 13 Politische Gemeinden 1. Gesundheitsbehörde		
		¹ Der Gemeinderat ist die örtliche Gesundheitsbehörde.
		² Er hat die Anordnungen der kantonalen Gesundheitsbehörden zu vollziehen. Er kann hierfür die Polizeiorgane beiziehen.
Art. 14 2. Aufgaben		
		Die politischen Gemeinden haben insbesondere folgende Aufgaben:
		1. Schutz der Wohnbevölkerung vor Gesundheitsgefährdungen;
		2. Anordnung von Massnahmen gegen gesundheitsschädliche Immissionen;
		3. Ausführung von Massnahmen gegen übertragbare Krankheiten, einschliesslich Tierseuchen;
		4. Durchführung von Massnahmen und Projekten im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention;
		5. Sicherstellung der bedarfsgerechten Pflegeversorgung aufgrund der kantonalen Pflegeheimplanung gemäss Art. 39 KVG ⁵ ;
		6. ¹⁹ Gewährleistung der spitalexternen Gesundheitspflege und der Hilfe zu Hause;
		7. Sicherstellung der Bestattungen.
Art. 15 Schulgemeinden		
		¹ Die Schulgemeinden sind zuständig für den schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienst gemäss der Volksschulgesetzgebung ⁷ .
		² Sie führen Projekte durch und setzen Massnahmen im Bereich Gesundheitsförderung und Prävention um.

C. Dritte		
Art. 16 Aufgabenübertragung an Dritte		
Regierungsrat und der administrative Rat können Vollzugsaufgaben unter Vorbehalt der Verfügungsgewalt in Form von Leistungsaufträgen an Dritte übertragen.		
III. BERUFE IM GESUNDHEITSWESEN		
A. Gemeinsame Bestimmungen		
Art. 17 Gesundheitsfachpersonen		
Gesundheitsfachpersonen im Sinne dieses Gesetzes sind Personen, die einen bewilligungspflichtigen Beruf ausüben.		
Art. 18 Bewilligungspflicht		
Eine Bewilligung benötigt, wer in eigener fachlicher Verantwortung und gewerbsmässig:		
1. Krankheiten, Verletzungen oder sonstige Störungen der physischen und psychischen Gesundheit von Menschen und Tieren nach den Erkenntnissen der anerkannten Wissenschaften oder im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung feststellt und behandelt;		
2. Gelenkmanipulationen mit Impulsen vornimmt oder kranke, verletzte oder sonst gesundheitlich beeinträchtigte Menschen mit instrumentellen Eingriffen behandelt, welche die Haut verletzen;		
3. die Geburtshilfe ausübt;		
4. komplementärmedizinische Tätigkeiten ausübt;		
5. Arzneimittel anwendet, abgibt und herstellt; davon ausgenommen ist die Anwendung nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel.		
Art. 19 Ausnahmen von der Bewilligungspflicht		
1. unselbständige Tätigkeit		
Fachlich ausgebildete Personen bedürfen keiner Berufsausübungsbewilligung, wenn sie unselbständig tätig sind und:		Fachlich ausgebildete Personen bedürfen keiner Berufsausübungsbewilligung, wenn sie unselbständig tätig sind und:
1. unter der Verantwortung und Aufsicht einer Fachperson mit der entsprechenden Bewilligung stehen, oder		1. die Anforderungen an eine Berufsausübungsbewilligung noch nicht erfüllen und unter der Verantwortung und Aufsicht einer Fachperson mit der entsprechenden Bewilligung stehen (Fachassistenz); oder

2. in eigener fachlicher Verantwortung in einer Institution des Gesundheitswesens gemäss Art. 38 Abs. 1 Ziff. 1-3 tätig sind.		
		² Die Fachperson hat dem Amt den Einsatz einer Fachassistenz gemäss Abs. 1 Ziff. 1 binnen 20 Tagen nach Beginn des Arbeitsverhältnisses zu melden.
Art. 20 2. bei Zulassung in anderem Kanton		
Gesundheitsfachpersonen, die zur Berufsausübung in anderen Kantonen zugelassen sind, benötigen keine Bewilligung:		
1. wenn sie von der behandelnden Fachperson im Kanton Nidwalden in Einzelfällen zugezogen werden;		
2. für die berufliche Besuchstätigkeit von ihrem Wohnort aus;		
3. wenn sie im Rahmen von Art. 35 MedBG ⁵ einen universitären Medizinalberuf selbstständig ausüben.		
Art. 21 Bewilligungspflichtige Berufe		
¹ Unter die Bewilligungspflicht fallen namentlich folgende Berufe:		
1. Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Chiropraktorinnen und Chiropraktoren, Apothekerinnen und Apotheker, Tierärztinnen und Tierärzte sowie weitere universitäre Medizinalberufe;		
2. die Leistungserbringer gemäss KVG ⁵ ;		
3. die vom Regierungsrat durch Verordnung bezeichneten Berufe mit besonderem Gefährdungspotential.		
² Der Regierungsrat regelt durch Verordnung die fachlichen Voraussetzungen für die Erteilung der Berufsausübungsbewilligung und die Berufsausübung.		
Art. 22 Stellvertretung		
¹ Die Bewilligungsinstanz kann bei Krankheit, während der Ferien oder bei anderer begründeter vorübergehender Verhinderung eine Vertretung mit genügender Ausbildung bewilligen.		
² Der Regierungsrat regelt die Anforderungen an die Ausbildung.		
³ Wird die Stellvertretung durch eine Person wahrgenommen, die bereits zur Berufsausübung oder zur Stellvertretung in diesem Beruf zugelassen ist, genügt die Meldung an die Bewilligungsinstanz.		

Art. 23 Meldepflichtige Tätigkeiten		
Der Regierungsrat kann nicht bewilligungspflichtige Tätigkeiten beziehungsweise Berufe:		
1. einer Meldepflicht unterstellen;		
2. verbieten, wenn diese eine Gefährdung von Leib und Leben zur Folge haben.		
Art. 24 Bewilligungsvoraussetzungen		
Die Bewilligung wird erteilt, sofern die Bewerberin oder der Bewerber:		
1. die erforderlichen beruflichen Fähigkeiten ausweist;		
2. vertrauenswürdig ist;		
3. physisch und psychisch Gewähr für eine einwandfreie Berufsausübung bietet;		
4. die geeigneten Räume und Einrichtungen zur Ausübung der Tätigkeit nachweist;		
5. eine Berufshaftpflichtversicherung nach Massgabe der Art und des Umfangs der Risiken abgeschlossen hat.		
Art. 25 Einschränkung der Bewilligung		
Die Bewilligung zur Berufsausübung kann mit bestimmten Einschränkungen fachlicher, zeitlicher und räumlicher Art oder mit Auflagen verbunden werden, soweit dies zur Sicherung einer qualitativ hochstehenden und zuverlässigen medizinischen Versorgung erforderlich ist.		
Art. 26 Verweis, Entzug der Bewilligung		
¹ Die Bewilligung ist zu entziehen, wenn:		
1. ihre Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind;		
2. nachträglich Tatsachen bekannt werden, die eine Verweigerung der Bewilligung zur Folge gehabt hätten;		
3. die Inhaberin oder der Inhaber die Berufspflicht schwerwiegend verletzt und dabei Patientinnen oder Patienten gefährdet hat;		
4. wiederholte oder schwerwiegende Verstösse gegen dieses Gesetz oder die darauf stützenden Erlasse sowie gegen die in der Bewilligung enthaltenen Bedingungen und Auflagen vorkommen;		
5. eine missbräuchliche Ausnützung der beruflichen Stellung vorliegt.		
² Der Entzug kann für die Berufsausübung ganz oder teilweise sowie auf bestimmte oder unbestimmte Zeit erfolgen.		

³ Bei den Tatbeständen gemäss Abs. 1 Ziff. 3-5 kann in leichten Fällen ein schriftlicher Verweis erteilt werden.		³ In leichten Fällen kann ein schriftlicher Verweis erteilt werden.
⁴ Die Disziplinar massnahmen gemäss Art. 43 des Medizinalberufegesetzes ⁶ bleiben vorbehalten.		⁴ Die Disziplinar massnahmen für Medizinalpersonen richten sich nach Art. 43 MedBG ² .
Art. 27 Erlöschen der Bewilligung, Unterbrechung		
¹ Die Bewilligung erlischt:		
1. mit dem Tod;		
2. mit der Vollendung des 70. Altersjahres; die Bewilligung kann auf Gesuch hin erstmals um zwei Jahre, dann jeweils um ein Jahr verlängert werden;		2. mit der Vollendung des 70. Altersjahres; die Bewilligung kann auf Gesuch hin um jeweils zwei Jahre verlängert werden, sofern die Voraussetzungen für deren Erteilung gegeben sind;
3. bei schriftlicher Verzichtserklärung gegenüber der Bewilligungsinstanz;		
4. aufgrund eines rechtskräftig verfügten Entzugs.		
² Gesundheitsfachpersonen haben der Bewilligungsinstanz das vorübergehende Einstellen sowie die Wiederaufnahme der Tätigkeit mitzuteilen.		
Art. 28 Veröffentlichung		
Erteilung und Entzug der Bewilligung werden durch die Bewilligungsinstanz im Amtsblatt veröffentlicht.		
Art. 29 Aufsicht		
Die Bewilligungsinstanz hat die Aufsicht über die bewilligungspflichtigen Tätigkeiten. Sie führt die nötigen Kontrollen durch und trifft die notwendigen Massnahmen. Dazu ist ihr der Zugang zu den Räumlichkeiten, Einrichtungen und Aufzeichnungen zu gewähren.		
B. Rechte und Pflichten bei der Berufsausübung		
Art. 30 Persönliche Berufsausübung, Sorgfaltspflicht		
¹ Gesundheitsfachpersonen haben die bewilligte Tätigkeit persönlich auszuüben.		
² Sie üben ihren Beruf sorgfältig und gewissenhaft aus und halten sich an die Grenzen der Kompetenzen, die sie im Rahmen ihrer Ausbildung sowie Weiter- und Fortbildung erworben haben.		

Art. 31 Vertragsfreiheit		
1 Den Gesundheitsfachpersonen steht es frei, eine Patientin oder einen Patienten zu behandeln.		
2 Vorbehalten bleibt die Beistandspflicht gemäss Art. 36.		
Art. 32 Meldepflicht		
1 Gesundheitsfachpersonen haben aussergewöhnliche Todesfälle unverzüglich der Kantonspolizei zu melden.		
2 Sie sind ohne Rücksicht auf das Berufsgeheimnis verpflichtet, Wahrnehmungen, die auf ein Verbrechen gegen Leib und Leben, die sexuelle Integrität oder die öffentliche Gesundheit schliessen lassen, der Kantonspolizei zu melden.		
Art. 33 Fortbildungspflicht		
1 Gesundheitsfachpersonen haben sich entsprechend den Anforderungen ihrer Tätigkeit kontinuierlich fortzubilden.		
2 Die Bewilligungsinstanz kann einen Nachweis verlangen.		
Art. 34 Werbung		
1 Gesundheitsfachpersonen dürfen in der Öffentlichkeit über ihre Dienstleistungen informieren.		
2 Verboten sind aufdringliche und irreführende Werbung sowie das Verwenden falscher oder irreführender Bezeichnungen.		
C. Besondere Bestimmungen für universitäre Medizinalberufe		
Art. 35 Meldepflicht		
Personen, die einen universitären Medizinalberuf ausüben, haben ansteckende Krankheiten und aussergewöhnliche Vorkommnisse betreffend die Gesundheit unverzüglich der Kantonsärztin oder dem Kantonsarzt beziehungsweise der Kantonstierärztin oder dem Kantonstierarzt zu melden.		
Art. 36 Beistandspflicht		
Personen, die einen universitären Medizinalberuf ausüben, sind verpflichtet, bei ernster und unmittelbarer Gefährdung von Personen Beistand zu leisten.		

Art. 37 Notfalldienst		Art. 37 Notfalldienst 1. Pflicht
¹ Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Apothekerinnen und Apotheker sowie Tierärztinnen und Tierärzte haben sich an den Notfalldiensten zu beteiligen.		² Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte, Tierärztinnen und Tierärzte sowie Apothekerinnen und Apotheker mit einer Berufsausübungsbewilligung sind verpflichtet, sich persönlich an einem Notfalldienst zu beteiligen.
³ Die Berufsorganisationen sorgen für eine zweckmässige Organisation des Notfalldienstes; die Direktion kann verbindliche Weisungen erteilen.		² Bei Vorliegen wichtiger Gründe kann der Berufsverband eine pflichtige Person von der Notfalldienstpflicht befreien oder davon ausschliessen.
		³ Von der Notfalldienstpflicht befreite oder ausgeschlossene Personen:
		1. sind dieser zu unterstellen, wenn der Befreiungs- oder Ausschlussgrund weggefallen ist;
		2. können dieser unterstellt werden, wenn dies zur Sicherstellung des Notfalldienstes notwendig ist.
		Art. 37a 2. Ersatzabgabe
		¹ Pflichtige Personen, die keinen Notfalldienst leisten, haben dem Berufsverband eine Ersatzabgabe zu entrichten.
		² Die Ersatzabgabe beträgt Fr. 500.- je Notfalldienst, höchstens jedoch Fr. 15'000.- je Jahr.
		³ Sie wird verwendet für:
		1. die Organisation und Sicherstellung des Notfalldienstes des jeweiligen Berufsverbandes; und
		2. die Qualitätssicherung und –förderung des Notfalldienstes.
		Art. 37b 3. Organisation
		¹ Der Notfalldienst ist durch die Berufsverbände sicherzustellen. Sie erlassen ein Reglement.
		² Die Mitwirkung am Notfalldienst ist auch für Nichtmitglieder verbindlich.
		³ Das Amt ist über die Organisation des Notfalldienstes zu informieren; dieses regelt die Organisation des Notfalldienstes unter Kostenfolge zu Lasten des Berufsverbandes, wenn dieser den Notfalldienst nicht sicherstellt.
		⁴ Das Amt übt die Aufsicht über den Notfalldienst aus und entscheidet über Streitigkeiten im Zusammenhang mit diesem.

IV. INSTITUTIONEN IM GESUNDHEITSWESEN		
A.²² Betriebsbewilligung		
Art. 38 ²²Bewilligungspflicht		
¹ Eine Betriebsbewilligung benötigen:		
1. Spitäler;		
2. Pflegeheime und Pflegeabteilungen;		
3. Organisationen und Einrichtungen gemäss dem KVG ⁵ , insbesondere Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause (Spitex), Organisationen der Ergotherapie, Laboratorien, Abgabestellen für Mittel und Gegenstände, Transport- und Rettungsunternehmen, Heilbäder;		3. Organisationen und Einrichtungen gemäss dem KVG ⁵ , insbesondere:
		a) Organisationen der Krankenpflege und Hilfe zu Hause (Spitex);
		b) Organisationen der Ergotherapie;
		c) Organisationen der Physiotherapie;
		d) Organisationen der Ernährungsberatung;
		e) Laboratorien;
		f) Abgabestellen für Mittel und Gegenstände;
		g) Geburtshäuser;
		h) Transport- und Rettungsunternehmen;
		i) Heilbäder;
4. öffentliche Apotheken, Spitalapotheken, Heimapotheken sowie im Versandhandel von Heilmitteln tätige Unternehmen;		
5. Drogerien;		
6. Detailhandelsgeschäfte, wenn sie Arzneimittel abgeben;		
7. Betriebe, welche Blut oder Blutprodukte nur lagern.		
² Vorbehalten bleiben Betriebsbewilligungen für Privatapotheken gemäss Art. 84 sowie aufgrund der Spezialgesetzgebung.		
Art. 39 Aufsicht		
Die Bewilligungsinstanz hat die Aufsicht über die bewilligungspflichtigen Betriebe. Sie führt die nötigen Kontrollen durch und trifft die notwendigen Massnahmen. Dazu ist ihr der Zugang zu den Räumlichkeiten, Einrichtungen und		

Aufzeichnungen zu gewähren.		
Art. 40 Bewilligungsvoraussetzungen		
¹ Die Bewilligung wird erteilt, wenn:		
1. eine oder mehrere verantwortliche Personen bezeichnet werden, welche über die notwendige berufliche und fachliche Eignung verfügen;		
2. das erforderliche fachliche und qualifizierte Personal zur Ausübung der Leistungserbringung gewährleistet ist;		
3. die Institution über die zweckentsprechenden medizinischen Einrichtungen verfügt sowie die erforderlichen betrieblichen und hygienischen Voraussetzungen erfüllt sind;		
4. ein geeignetes Qualitätssicherungssystem vorhanden ist.		
² Der Regierungsrat regelt die weiteren Voraussetzungen, die Pflichten und das Verfahren für die Bewilligungserteilung durch Verordnung.		
Art. 41 Entzug der Bewilligung		
¹ Die Bewilligungsinstanz entzieht eine Bewilligung, wenn deren Voraussetzungen nicht mehr erfüllt sind.		
² Sie kann bei Verletzung der Pflichten oder bei anderen Unregelmässigkeiten die Bewilligung befristen.		
B. Investitionsdarlehen für Pflegebetten²²		
Art. 41a Grundsatz²²		
¹ Der Kanton leistet an Leistungserbringer gemäss Art. 38 Abs. 1 Ziff. 2 für die Neuerstellung von Pflegebetten zinslose Darlehen (Investitionsdarlehen).		
² Er leistet keine Investitionsdarlehen an Sanierungen, Ersatzbauten und den Landerwerb.		
³ Der Leistungserbringer hat die Investitionskosten, die nicht durch die Investitionsdarlehen gedeckt werden können, selber zu finanzieren.		
Art. 41b Voraussetzungen²²		
¹ Investitionsdarlehen sind zu leisten, wenn:		
1. die Pflegebetten dem Bedarf gemäss kantonaler Pflegeheimplanung entspricht;		
2. das Projekt ausgearbeitet ist und das Baugesuch bei der Baubewilligungsbehörde eingereicht werden kann; und		

3. die neue Baute beziehungsweise die Erweiterung den Bedürfnissen der Pflegebedürftigen entspricht.		
2 Mit dem Bau darf erst nach Beitragszusicherung durch den Kanton begonnen werden. Der Regierungsrat kann ausnahmsweise bewilligen, dass mit dem Bau bereits vor Zusicherung der Investitionsbeiträge begonnen werden darf.		
Art. 41c Darlehenshöhe²²		
1 Der Kanton entrichtet je Pflegebett ein Investitionsdarlehen in der Höhe von Fr. 300'000.-.		
2 Diese Darlehenshöhe entspricht dem Stand des Zürcher Baukostenindex von 100 Punkten (Basis April 2012 = 100 Punkte). Das auszubezahlende Darlehen ist jeweils gestützt auf den Stand des Baukostenindex bei Einreichung des Gesuchs um Zusicherung von Investitionsdarlehen festzulegen.		
3 Die Höhe des kantonalen Investitionsdarlehens ist höchstens auf 80 Prozent der effektiven Baukosten und den Ansatz gemäss Abs. 1 begrenzt.		
Art. 41d Zuständigkeit²²		
1 Der Regierungsrat entscheidet über die Zusicherung von Investitionsdarlehen; er kann die Zusicherung mit Auflagen und Bedingungen verbinden.		
2 Er legt im Entscheid fest, für welchen Zweck die Baute zu verwenden ist.		
Art. 41e Rückzahlung²²		
1 Die Leistungserbringer haben die Investitionsdarlehen dem Kanton binnen 33 Betriebsjahren zurückzuzahlen; die Frist beginnt mit Inbetriebnahme der neu erstellten Baute zu laufen.		
2 Je Betriebsjahr ist mindestens 1/33 des Darlehens zurückzuzahlen. Die ganzen oder anteilmässigen Darlehensrückzahlungen haben jeweils bis spätestens am 31. Dezember zu erfolgen.		
Art. 41f Verfahren²²		
Der Regierungsrat erlässt die erforderlichen Bestimmungen zum Verfahren, insbesondere zur Gesuchseinreichung und zur Auszahlung der Investitionsdarlehen, in einer Verordnung.		
Art. 41g Rückzahlung bei Zweckentfremdung²²		
1 Die Leistungserbringer haben die bestehende Restschuld vollumfänglich und sofort zurückzuzahlen, wenn:		

1. die Baute, für die der Kanton Investitionsdarlehen geleistet hat, für einen anderen Zweck verwendet, zweckwidrig umgebaut, abgerissen oder Bedingungen und Auflagen nicht eingehalten werden; und		
2. diese Zweckentfremdung vor Ablauf von 33 Betriebsjahren erfolgt.		
² Die Restschuld ist am Ende desjenigen Monats fällig, in dem die Zweckentfremdung erfolgt.		
³ Der Regierungsrat kann von der sofortigen Rückzahlung der Restschuld aus dem Investitionsdarlehen absehen, wenn:		
1. die Baute weiterhin für die Betreuung von Pflegebedürftigen verwendet wird; oder		
2. ein Härtefall vorliegt.		
V. PATIENTENRECHTE UND -PFLICHTEN		
A. Allgemeine Bestimmungen		
Art. 42 Geltungsbereich		
Dieses Kapitel regelt die Rechte und Pflichten der Personen, welche durch Gesundheitsfachpersonen oder in Institutionen des Gesundheitswesens behandelt werden.		
Art. 43 Grundsätze		
¹ Untersuchung und Behandlung von Patientinnen und Patienten haben sich nach den anerkannten Berufsgrundsätzen, der Verhältnismässigkeit und der Wirtschaftlichkeit zu richten.		
² Die Patientinnen und Patienten haben Anspruch auf Achtung ihrer persönlichen Freiheit und ihrer Würde. Sie haben das Recht auf Information und Selbstbestimmung.		
³ Vorbehalten bleiben Zwangsmassnahmen, die dieses Gesetz oder andere Gesetze ausdrücklich vorsehen.		

		Art. 43a Palliative Behandlung und Betreuung
		¹ Unheilbar kranke und sterbende Menschen haben Anspruch auf eine angemessene Behandlung und Betreuung mittels medizinischer, pflegerischer und begleitender Palliativmassnahmen, wenn eine kurative Behandlung als aussichtslos erscheint.
		² Es sind eine würdevolle Sterbebegleitung und ein würdevolles Abschiednehmen von der verstorbenen Person zu ermöglichen.
Art. 44 Mitwirkung		
¹ Patientinnen und Patienten obliegt die zumutbare Mitwirkung und Unterstützung im Rahmen der erforderlichen Behandlung.		
² Sie haben Auskünfte über ihren Gesundheitszustand, ihre Person und ihre Umgebung zu erteilen, soweit dies für die Behandlung und Administration erforderlich ist.		
Art. 45 Aufzeichnungen		
¹ Im Rahmen der beruflichen Tätigkeit sind über die Behandlung Aufzeichnungen zu führen. Diese haben Angaben zur behandelten Person sowie über die Dauer und Art der Behandlung zu enthalten.		
² Die Aufzeichnungen sind während zehn Jahren aufzubewahren. Vorbehalten bleiben längere Aufbewahrungsfristen, insbesondere gemäss Art. 40 Heilmittelgesetz ³ und Art. 35 Transplantationsgesetz ⁴ .		
³ Gesundheitsfachpersonen, die ihre Tätigkeit vorübergehend oder endgültig einstellen, teilen dies ihren Patientinnen und Patienten mit. Sie händigen auf Verlangen die Aufzeichnungen aus oder leiten sie an eine von ihnen bezeichnete Gesundheitsfachperson weiter.		³ Gesundheitsfachpersonen, die ihre Tätigkeit vorübergehend oder endgültig einstellen, teilen dies ihren Patientinnen und Patienten mit und händigen ihnen auf Verlangen ihre Aufzeichnungen aus oder leiten diese an eine von den Patientinnen und Patienten bezeichnete Gesundheitsfachperson weiter.
⁴ Stirbt die Gesundheitsfachperson, sind die von ihr geführten Aufzeichnungen dem Amt zu übergeben. Das Amt ist zuständig für die Aushändigung oder Weiterleitung gemäss Abs. 3. Es beachtet dabei Art. 46 Abs. 2.		⁴ Stirbt eine Gesundheitsfachperson, sind die von ihr geführten Aufzeichnungen dem Amt zu übergeben. Dieses ist unter Vorbehalt von Art. 46 Abs. 2 zuständig für die Mitteilung sowie die Aushändigung oder Weiterleitung gemäss Abs. 3. Die Mitteilung an die Patientinnen und Patienten kann durch Veröffentlichung im Amtsblatt oder weiterer geeigneter Medien erfolgen.
		Art. 45a Elektronische Gesundheitsdienste
		¹ Der Kanton kann zur Erprobung von elektronischen Gesundheitsdiensten (e-health-Dienste) Modellversuche durchführen beziehungsweise durch Dritte mit Bewilligung durchführen lassen.
		² Diese können eine erweiterte Nutzung der Versichertenkarte in der obligatori-

		schen Krankenpflegeversicherung beinhalten, die über den Zweck und die Nutzungsmöglichkeiten von Art. 42a Abs. 2 und 4 KVG ⁵ hinausgeht.
		³ Für Modellversuche darf die AHV-Versichertennummer systematisch verwendet werden.
		⁴ Der Regierungsrat regelt die Modellversuche gemäss Art. 16 der eidgenössischen Verordnung über die Versichertenkarte für die obligatorische Krankenpflegeversicherung (VVK) ⁹ in der Vollzugsverordnung.
Art. 46	Einsicht in die Aufzeichnungen	
	¹ Patientinnen und Patienten beziehungsweise deren Vertretung können die Aufzeichnungen und deren Unterlagen einsehen oder Kopien davon verlangen.	
	² Das Einsichtsrecht besteht nicht für persönliche Notizen der behandelnden Personen sowie für persönliche Angaben von Dritten.	
Art. 47	Berufsgeheimnis	
	¹ Gesundheitsfachpersonen sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institutionen des Gesundheitswesens und der Gesundheitsfachpersonen sind verpflichtet, über Tatsachen zu schweigen, die ihnen in ihrer beruflichen Stellung anvertraut wurden oder von denen sie bei der Ausübung ihres Berufes Kenntnis erhielten.	
	² Sie sind vom Berufsgeheimnis befreit:	
	1. bei Einwilligung der oder des Berechtigten;	
	2. bei schriftlicher Bewilligung der Direktion als Aufsichtsbehörde im Sinne des Schweizerischen Strafgesetzbuches ⁹ ;	
	3. gegenüber den Strafverfolgungsbehörden in Bezug auf Wahrnehmungen, die auf ein Delikt gegen Leib und Leben, die sexuelle Integrität oder die öffentliche Gesundheit schliessen lassen;	
	4. im Rahmen ihrer Meldepflicht gemäss Art. 32;	
	5. zur Durchsetzung von streitigen Forderungen aus dem Behandlungsverhältnis gegenüber der beauftragten Inkassostelle und den zuständigen Behörden.	<i>Aufgehoben</i>
	³ Sofern die Patientin oder der Patient nicht andere Anweisungen gegeben hat oder aus den Umständen nicht auf einen Geheimhaltungswillen geschlossen werden muss, wird die Einwilligung vermutet für:	
	1. ²¹ Auskünfte an die nächsten Angehörigen und die vertretungsberechtigten Personen gemäss Art. 378 ZGB ¹¹ ;	
	2. medizinisch notwendige Auskünfte an Gesundheitsfachpersonen, die zuweisen, mitbehandeln, nachbehandeln oder an der Therapie beteiligt sind.	

Art. 48 Nächste Angehörige		
Nächste Angehörige sind:		
1. die Ehegattin oder der Ehegatte, die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner beziehungsweise die Partnerin oder der Partner bei einer eingetragenen Partnerschaft;		
2. die Nachkommen;		
3. die Mutter und der Vater;		
4. die Geschwister.		
B. Untersuchung, Behandlung und Pflege		
Art. 49 Aufklärung		
¹ Die behandelnden Personen haben unaufgefordert die Patientinnen und Patienten mit der gebotenen Sorgfalt sowie in verständlicher und geeigneter Form aufzuklären über:		
1. die diagnostischen Untersuchungen und die Diagnosen;		
2. die vorgeschlagene sowie andere mögliche Therapien;		
3. die Risiken und die Nebenwirkungen;		
4. die voraussichtliche Entwicklung des Gesundheitszustandes mit oder ohne vorgeschlagene Therapie;		
5. die Kostenfolgen und die Deckung durch die Krankenversicherung.		
² Wenn sofortiges Handeln notwendig ist, kann die Aufklärung anschliessend erfolgen.		
Art. 50 Einwilligung, Ausdehnung von Operationen		
¹ Untersuchungen, Behandlungen und Pflege dürfen nur mit ausdrücklicher oder stillschweigender Einwilligung der aufgeklärten Patientin oder des aufgeklärten Patienten durchgeführt werden.		
² Zeigt sich im Verlauf einer Operation, dass sie über das von der Patientin oder dem Patienten bekannt gegebene Mass hinaus ausgedehnt werden sollte, ist die Ärztin oder der Arzt beziehungsweise die Zahnärztin oder der Zahnarzt zur Ausweitung der Operation berechtigt, wenn damit im Interesse und mit mutmasslicher Einwilligung der Patientin oder des Patienten gehandelt wird.		

Art. 51	Urteilsunfähige Patientinnen und Patienten²¹		
	Bei urteilsunfähigen Patientinnen und Patienten richtet sich die Reihenfolge der vertretungsberechtigten Personen, die Behandlung in dringlichen Fällen, die Behandlung einer psychischen Störung und das Einschreiten der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde nach den Art. 378 – 381 ZGB ¹¹ .		
Art. 52	Urteilsfähige, nicht handlungsfähige Patientinnen und Patienten²¹		
	¹ Sind Patientinnen oder Patienten urteilsfähig, aber minderjährig oder umfassend verbeiständet, ist bei grösseren oder mit erheblichem Risiko verbundenen Eingriffen auch deren gesetzliche Vertretung zu informieren.		
	² Diese Information kann unterbleiben, wenn die Patientin oder der Patient dies aus wichtigen Gründen verlangt oder der Verbeiständungsgrund in keinem Zusammenhang mit dem medizinischen Eingriff steht.		
Art. 53	Ablehnung von Massnahmen		
	¹ Lehnen Patientinnen oder Patienten beziehungsweise die Vertretung eine medizinische Massnahme ab, haben sie dies auf Verlangen der behandelnden Person unterschriftlich zu bestätigen und diese beziehungsweise die Institution von der Haftung zu entbinden.		
	² Behandelnde Personen sind nicht verpflichtet, von Patientinnen und Patienten verlangte Massnahmen durchzuführen, die sie aus medizinischen, pflegerischen oder ethischen Gründen nicht verantworten können.		
Art. 54	Sterbehilfe²¹		
	Bei Fragen der Sterbehilfe sind die Richtlinien und Empfehlungen der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften zu beachten.		
Art. 55	...²¹		
Art. 56	Vorzeitige Entlassung auf Antrag		
	¹ Urteilsfähige Patientinnen und Patienten sind auf Antrag vorzeitig zu entlassen, wenn nicht anzunehmen ist, dass sie sich oder andere gefährden.		
	² Die vorzeitige Entlassung umfassend verbeiständeter oder urteilsunfähiger minderjähriger Patientinnen oder Patienten bedarf der Zustimmung der vertretungsberechtigten Person gemäss Art. 378 ZGB ^{11, 21} .		
	³ Die vorzeitige Entlassung von Patientinnen oder Patienten, die von einer Behörde eingewiesen wurden, ist nur mit deren Zustimmung zulässig.		

<p>⁴Die Patientin oder der Patient, die gesetzliche Vertretung oder die einweisende Behörde haben schriftlich die Übernahme der Verantwortung für die vorzeitige Entlassung zu erklären.</p>		
<p>⁵Vorschriften anderer Erlasse, insbesondere diejenigen über die fürsorgliche Unterbringung und über die übertragbaren Krankheiten bleiben vorbehalten.²¹</p>		
<p>Art. 57 Vorzeitige Entlassung auf Anordnung</p>		
<p>¹Die zuständige ärztliche Person kann die vorzeitige Entlassung anordnen, wenn die Patientin oder der Patient:</p>		
<p>1. für den Behandlungserfolg ausschlaggebende Anordnungen der behandelnden Personen wiederholt grob missachtet;</p>		
<p>2. den Betrieb in schwerwiegender Weise vorsätzlich stört.</p>		
<p>²Für die vorzeitige Entlassung behördlich eingewiesener Patientinnen oder Patienten ist die Einweisungsbehörde zuständig.</p>		
<p>³Die vorzeitige Entlassung muss medizinisch zu verantworten sein.</p>		
<p>Art. 58 Freiwilliger Eintritt und Austritt psychisch kranker und suchtkranker Personen</p>		
<p>¹Psychisch kranke oder suchtkranke Patientinnen und Patienten, die auf eigenen Wunsch in stationäre Einrichtungen eintreten, haben ihren Willen, sich untersuchen, behandeln und pflegen zu lassen, schriftlich zu erklären.</p>		
<p>²Die Zurückbehaltung freiwillig eingetretener Personen richtet sich nach Art. 427 ZGB^{11, 21}.</p>		
<p>Art. 59 Zwangsweise Einweisung und Entlassung²¹</p>		
<p>Für die zwangsweise Einweisung sowie die Entlassung zwangsweise eingewiesener Patientinnen oder Patienten gelten die Bestimmungen des ZGB¹¹ über die fürsorgliche Unterbringung.</p>		
<p>Art. 60 Einschränkung der Freiheit²¹</p>		
<p>¹Die Voraussetzungen für die Einschränkung der Bewegungsfreiheit, die Protokollierung der Einschränkung sowie die Information darüber richten sich nach Art. 383 f. ZGB¹¹.</p>		
<p>²Der mündliche und schriftliche Verkehr der Patientin oder des Patienten mit ihren Angehörigen und Dritten kann ärztlicher Kontrolle unterstellt und eingeschränkt werden, sofern es zum Schutz der Patientin oder des Patienten sowie von Drittpersonen notwendig ist. Davon ausgenommen ist der</p>		

Verkehr mit Behörden und Rechtsvertreterinnen oder Rechtsvertretern.		
Art. 61 Rechtsschutz		
¹ Die Anordnung einer Massnahme gemäss Art. 60 kann mittels Beschwerde bei der für die gerichtliche Beurteilung von fürsorgerischen Unterbringungen zuständigen Instanz angefochten werden. ²¹		
² Bei Zwangsmassnahmen kann die Patientin oder der Patient eine nachträgliche gerichtliche Überprüfung verlangen.		
C. Transplantation und Obduktion		
Art. 62 Transplantation		
¹ Die Transplantation von Organen, Geweben oder Zellen richtet sich nach den Bestimmungen des Transplantationsgesetzes ⁴ .		
² Der Regierungsrat regelt die Zuständigkeiten sowie die Organisation und Koordination im Zusammenhang mit Transplantationen.		
Art. 63 Obduktion		
¹ Eine Obduktion darf vorgenommen werden, sofern die Zustimmung der verstorbenen Person vorliegt oder an ihrer Stelle die Ehegattin oder der Ehegatte, die Lebenspartnerin oder der Lebenspartner, die Partnerin oder der Partner bei einer eingetragenen Partnerschaft oder die Nachkommen zustimmen. Sind diese nicht vorhanden, bedarf es der Zustimmung der übrigen nächsten Angehörigen.		
² Vorbehalten bleibt die Obduktion auf Anordnung:		
1. der Strafverfolgungsbehörden;		
2. der Direktion zur Sicherung der Diagnose, insbesondere bei Verdacht auf eine übertragbare Krankheit.		
³ Die nächsten Angehörigen und die gesetzliche Vertretung können Einsicht in den Obduktionsbefund verlangen.		
VI. GESUNDHEITSFÖRDERUNG UND PRÄVENTION		
Art. 64 Grundsatz		
¹ Der Kanton und die Gemeinden betreiben Gesundheitsförderung und Prävention zur Verbesserung des Gesundheitszustandes der Einzelpersonen und der Gesamtbevölkerung insbesondere in den Bereichen Sucht, Gewalt,		

Sexualpädagogik, psychische Gesundheit, Ernährung, Bewegung und Entspannung.		
² Die Gesundheitsförderung bezweckt, die Potentiale der Gesundheit zu erfassen und zu stärken. Sie setzt sowohl bei den Verhaltensweisen als auch bei den Verhältnissen an, in denen Einzelpersonen und die Gesamtbevölkerung leben.		
³ Die Prävention hat zum Ziel, Gesundheitsgefährdungen frühzeitig zu erkennen, das Eintreten von Erkrankungen und Unfällen zu verhindern sowie das Ausmass von deren Folgen zu vermindern.		
Art. 65 Beiträge		
Der Kanton gewährt Beiträge im Rahmen des Voranschlags:		
1. an Projekte zur Gesundheitsförderung und Prävention;		
2. an die Erhebung von Grundlagen betreffend den Gesundheitszustand der Bevölkerung;		
3. an Institutionen, die einen wichtigen Beitrag an die Gesundheitsförderung oder Prävention leisten.		
Art. 66 Strategie		
¹ In der kantonalen Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention werden unter Berücksichtigung der Bedürfnisse je nach betroffenem Bereich die Ziele und Schwerpunkte festgelegt.		
² Die Strategie wird auf Antrag der Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention vom Regierungsrat in der Regel für die Dauer von vier Jahren festgelegt.		
³ Die Strategie ist im Rahmen der Zusammenarbeit mit den beteiligten Kantonen zu koordinieren.		
Art. 67 Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention		
¹ Der Kanton führt eine Fachstelle für Gesundheitsförderung und Prävention (Fachstelle) für die Bereiche Strategie, Projektentwicklung, -förderung und -umsetzung sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.		
² Er kann die Fachstelle zusammen mit anderen Kantonen führen oder Dritte damit beauftragen.		
³ Die Fachstelle:		
1. erarbeitet unter Beizug von Vertreterinnen und Vertretern von Gemeinden sowie von Fachpersonen die kantonale Strategie für Gesundheitsförderung und Prävention zuhanden des Regierungsrates und sorgt für deren		

Umsetzung;		
2. berät und unterstützt die Gemeinden bei der Umsetzung von Massnahmen;		
3. vernetzt die relevanten Stellen und Personen.		
Art. 68 Gemeinden		
¹ Die politischen Gemeinden und die Schulgemeinden führen Projekte und Massnahmen nach ihren Bedürfnissen auf kommunaler Ebene durch.		
² Sie sorgen für eine gemeinsame wirkungsvolle Organisation, in der die politischen Instanzen und die interessierten Organisationen angemessen vertreten sind.		
³ Jede Gemeinde bezeichnet eine Delegierte oder einen Delegierten für Gesundheitsförderung und Prävention. Diese werden von der Fachstelle periodisch zu einem Fachaustausch eingeladen.		
Art. 69 Beratung von werdenden Eltern und von Familien		
¹ Der Kanton sorgt für eine umfassende Sexual- und Schwangerschaftsberatung.		
² Die politischen Gemeinden sorgen für eine fachgerechte Mütter- und Väterberatung im Bereich der Pflege, Gesundheit und Entwicklung von Säuglingen und Kleinkindern.		
³ Kanton und Gemeinden fördern weitere Massnahmen zur Hilfe von werdenden Eltern und von Familien.		
Art. 70 Schulärztlicher und schulzahnärztlicher Dienst		
¹ Zur Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse und zur Prävention führen die Schulträger schulärztliche und schulzahnärztliche Dienste gemäss dem Volksschulgesetz ⁷ .		
² Für die kantonalen Schulen obliegt diese Pflicht dem Kanton.		
³ Die Fachstelle wird für die Bereiche der Gesundheitsförderung und der Prävention beigezogen.		
Art. 71 Massnahmen gegen die Suchtmittelabhängigkeit 1. Rauchverbot		<i>Aufgehoben</i>
¹ Das Rauchen ist verboten in öffentlich zugänglichen Gebäuden des Kantons und der Gemeinden sowie deren Anstalten.		
² Das Rauchen kann in speziell bestimmten, abgetrennten Räumen oder		

ausnahmsweise bei Veranstaltungen, die sich überwiegend an Erwachsene richten, gestattet werden.		
³ Die Betreiber von Gastwirtschaften sind in der Anordnung eines Rauchverbotes frei. Sie sind jedoch verpflichtet am Eingang deutlich darauf hinzuweisen, ob das Rauchen in ihren Räumen gestattet ist oder nicht.		
Art. 72 2. Verkauf von Tabak		Art. 72 Verkauf von Tabak
¹ Es ist verboten, Tabak und Tabakerzeugnisse zu verkaufen:		
1. an Personen unter 18 Jahren;		
2. durch Automaten.		
² Vom Verbot ausgenommen sind Automaten, bei denen geeignete Massnahmen den Verkauf an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren ausschliessen.		
VII. KRANKHEITSBEKÄMPFUNG		
A. Übertragbare Krankheiten		
Art. 73 Allgemeine Hygiene		
¹ Die Gemeinde wacht über die Erhaltung der Hygiene auf ihrem Gemeindegebiet.		
² Sie führt regelmässig Kontrollen durch und ergreift die nötigen Massnahmen.		
³ Die Kosten gehen zu Lasten der Verursacherinnen und Verursacher.		
Art. 74 Massnahmen gegen übertragbare Krankheiten 1. Durchführung		
¹ Die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt leitet die Massnahmen gegen übertragbare Krankheiten.		
² Die Direktion kann die Durchführung von Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten den Gesundheitsbehörden der Gemeinden, den Ärztinnen und Ärzten sowie Apothekerinnen und Apothekern übertragen sowie andere Organisationen damit beauftragen. Der Kanton leistet Beiträge an die Kosten, die den Beauftragten dadurch entstehen.		

Art. 75	2. Zwangsmassnahmen		
¹ Der Regierungsrat verfügt die Massnahmen gegenüber der Allgemeinheit.			
² Die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt verfügt die weiteren Massnahmen insbesondere:			
1. die ärztliche Überwachung;			
2. die ärztliche Untersuchung;			
3. die Absonderung und Einweisung in eine geeignete Anstalt;			
4. das Verbot, bestimmte Tätigkeiten oder Berufe auszuüben;			
5. die Desinfektion von Räumen, Wohnungen und Gebäuden.			
Art. 76	3. Übernahme der Kosten		
¹ Erweist sich eine Kontaktperson oder eine auf Kontakt oder Ausscheidung verdächtigen Person als nicht ansteckend, übernimmt der Kanton ganz oder teilweise die Kosten einer gemäss Art. 75 Abs. 2 Ziff. 1-3 verfügten Massnahme, soweit nicht Versicherungen leistungspflichtig sind.			
² Der Kanton entschädigt den Erwerbsausfall, den gesunde Personen durch Massnahmen gemäss Art. 75 Abs. 2 Ziff. 1-4 erleiden, soweit er nicht anderweitig gedeckt ist. Personen, die sich nicht an die Anordnungen der zuständigen Organe halten, ist die Entschädigung zu kürzen.			
³ Angeordnete Untersuchungen, die von den anerkannten Laboratorien durchgeführt werden und der Abklärung von übertragbaren Krankheiten dienen, bezahlt der Kanton, soweit die Kosten nicht anderweitig gedeckt sind.			
Art. 77	4. Impfungen		
¹ Der Regierungsrat kann öffentliche Impfungen durchführen lassen.			
² Zur Verhinderung beziehungsweise Bekämpfung von Epidemien kann er die Impfungen für obligatorisch erklären.			
B.	Bestattungen		
Art. 78	Zuständigkeit		
¹ Bestattungen sind Aufgabe der politischen Gemeinden. Sie stellen genügend Friedhofplätze für ihre Einwohnerinnen und Einwohner sowie geeignete Aufbewahrungsräume bereit.			
² Der Regierungsrat regelt durch Verordnung insbesondere die Leichen-			

schau, die Bestattungsarten, die Grabesruhe sowie die Aufsicht über die Friedhöfe und deren Anlage.		
Art. 79 Ort der Bestattung		
1 Verstorbene werden auf einem Friedhof ihrer Wohnsitzgemeinde bestattet.		
2 Auf Wunsch einer verstorbenen Person oder ihrer nächsten Angehörigen kann die Bestattung auch in einer anderen Gemeinde erfolgen, sofern diese zustimmt.		
3 Hatte die verstorbene Person keinen festen Wohnsitz oder kommt niemand für die Kosten des Rücktransportes in ihre Wohnsitzgemeinde auf, so wird sie in jener Gemeinde bestattet, in welcher der Tod eingetreten ist oder der Leichnam gefunden wurde.		
4		Art. 79a Kosten
1		1 Die notwendigen Kosten für Leichentransport, Einsargung und Kremation gehen zu Lasten der Wohnsitzgemeinde beziehungsweise zu Lasten der Politischen Gemeinde gemäss Art. 79 Abs. 3, sofern diese:
2		1. nicht aus dem Nachlass der verstorbenen Person beglichen werden können; und
3		2. nicht anderweitig übernommen werden.
4		2 Machen mit der Bestattung beauftragte Dritte gegenüber der Politischen Gemeinde ausstehende Forderungen gemäss Abs. 1 geltend, haben sie hinreichende Inkassobemühungen darzutun.
		3 Werden Kosten Dritter übernommen, geht deren Anspruch von Gesetzes wegen auf die Politische Gemeinde über.
VIII. HEILMITTEL		
A. Arzneimittel		
1. Herstellung		
Art. 80 Herstellungsbewilligung, Meldepflicht		
1 Die Bewilligungspflicht richtet sich nach dem Heilmittelgesetz ³ .		
2 Bewilligungen zur Herstellung von Arzneimitteln nach Formula magistralis, Formula officinalis oder nach eigener Formel werden auf Antrag der Kantonsapothekerin oder des Kantonsapothekers vom Amt erteilt.		

<p>³Nach eigener Formel (Hausspezialitäten) in kleinen Mengen hergestellte Arzneimittel sind der Kantonsapothekerin oder dem Kantonsapotheker zu melden. Dabei sind die Inhaltsstoffe der Arzneimittel qualitativ und quantitativ zu deklarieren.</p>		<p>³Apotheken und Drogerien melden der Kantonsapothekerin oder dem Kantonsapotheker vor dem Inverkehrbringen die Zusammensetzung der nach eigener Formel in kleinen Mengen hergestellten Arzneimittel; die Arzneimittelinformationen und die dafür verwendeten Anpreisungen sind beizulegen.</p>
<p>2. Verschreibung, Anwendung und Abgabe</p>		
<p>Art. 81 Verschreibung</p>		
<p>Verschreibungspflichtige Arzneimittel dürfen nur von Ärztinnen und Ärzten, Zahnärztinnen und Zahnärzten, Chiropraktorerinnen und Chiropraktoren sowie Tierärztinnen und Tierärzten im Rahmen ihrer Zuständigkeit verschrieben werden.</p>		
<p>Art. 82 Anwendung verschreibungspflichtiger Arzneimittel</p>		<p><i>Aufgehoben</i></p>
<p>¹Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Chiropraktorerinnen und Chiropraktoren mit einer Berufsausübungsbewilligung dürfen verschreibungspflichtige Arzneimittel an Patientinnen und Patienten anwenden. Entsprechend dürfen Tierärztinnen und Tierärzte verschreibungspflichtige Arzneimittel am Tier anwenden.</p>		
<p>²Die Direktion bezeichnet die Berufskategorien¹², welche neben den Medizinalpersonen verschreibungspflichtige Arzneimittel anwenden dürfen und bestimmt die Arzneimittel.</p>		
<p>Art. 83 Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel 1. allgemein</p>		<p>Art. 83 Abgabe und Anwendung verschreibungspflichtiger Arzneimittel</p>
<p>¹Die Berechtigung zur Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel richtet sich nach Art. 24 HMG³ sowie nach Art. 84.</p>		<p>¹Die Abgabe und Anwendung verschreibungspflichtiger Arzneimittel richtet sich nach den Art. 24 HMG⁴ sowie Art. 27a und 27b VAM¹⁰.</p>
<p>²Apothekerinnen und Apotheker haben zu protokollieren, wenn sie in begründeten Ausnahmefällen ohne ärztliche Verschreibung ein verschreibungspflichtiges Arzneimittel abgeben.</p>		<p>²Apothekerinnen und Apotheker haben zu protokollieren, wenn sie in begründeten Ausnahmefällen ohne ärztliche Verschreibung ein verschreibungspflichtiges Arzneimittel abgeben.</p>
<p>³</p>		<p>³Die Direktion bestimmt die verschreibungspflichtigen Arzneimittel, die von Berufskategorien gemäss Art. 27a Abs. 2 VAM angewendet werden dürfen.</p>
<p>Art. 84 2. Medizinalpersonen</p>		<p>Art. 84 Privatapotheke von Medizinalpersonen</p>
<p>¹Ärztinnen und Ärzte sowie Zahnärztinnen und Zahnärzte sind mit Bewilligung des Amtes berechtigt, zur Abgabe von Arzneimitteln eine Privatapotheke zu führen.</p>		
<p>²Tierärztinnen und Tierärzte sind mit Bewilligung der Kantonstierärztin oder</p>		

des Kantonstierarztes berechtigt, zur Abgabe von Tierarzneimitteln eine Privatapotheke zu führen.		
³ Die Abgabe von Arzneimitteln ist nur für den eigenen Praxisbedarf für die behandelten Patientinnen und Patienten sowie für die behandelten Tiere gestattet. Der Handverkauf an Dritte und die Belieferung von Wiederverkäuferinnen und –verkäufern ist verboten.		
⁴ Patientinnen und Patienten sowie Tierhalterinnen und Tierhalter sind in geeigneter Weise zu informieren, dass sie verschriebene Arzneimittel auch in einer öffentlichen Apotheke beziehen können.		
Art. 85 Abgabe nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel		
¹ Eidgenössisch diplomierte Drogistinnen und Drogisten in Ortschaften ohne Apotheke dürfen mit Bewilligung ¹³ des Amtes Arzneimittel der Kategorie C abgeben, wenn die nächste öffentliche Apotheke mit einem öffentlichen Verkehrsmittel nicht mit einem angemessenen Zeitaufwand erreichbar ist.		
² Weitere Personen gestützt auf Art. 25 HMG ³ dürfen nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel gemäss der Liste des Schweizerischen Heilmittelinstituts abgeben.		
Art. 86 Abgabebeschränkung		Art. 86 Abgabebeschränkung
¹ Arzneimittel der Kategorien A und B dürfen nicht in Selbstbedienung angeboten werden.		¹ Arzneimittel der Kategorien A-D dürfen nicht in Selbstbedienung angeboten werden.
² Arzneimittel der Kategorien C und D dürfen nur in Selbstbedienung angeboten werden, wenn eine Fachberatung gewährleistet ist.		² Arzneimittel der Kategorie E sind frei verkäuflich.
³ Arzneimittel der Kategorie E sind frei verkäuflich.		
		Art. 86a Datenaustausch
		¹ Zur Bekämpfung des Missbrauchs von Betäubungsmitteln und psychotropen Stoffen sowie des Missbrauchs mit gefälschten oder mehrfach beschafften Rezepten können die Kantonsapothekerin und der Kantonsapotheker sowie die Kantonsärztin und der Kantonsarzt mit den Apothekerinnen und Apothekern sowie den Ärztinnen und Ärzten Informationen über Personen, die Betäubungsmittel oder Heilmittel beziehen, austauschen.
		² Der Datenaustausch darf besonders schützenswerte Personendaten umfassen und kann auch im Abrufverfahren erfolgen.
		³ Der Regierungsrat regelt den Umfang des Datenaustausches, den Kreis der empfangs- oder zugriffsberechtigten Personen sowie die organisatorischen und technischen Massnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten.

B. Gemeinsame Bestimmungen für Arzneimittel und Medizinprodukte		
Art. 87 Ethikkommission		<i>Aufgehoben</i>
Die Direktion ernennt die Ethikkommission für klinische Versuche.		
Art. 88 Aufsicht		
Die Kantonsapothekerin oder der Kantonsapotheker und die Kantonsärztin oder der Kantonsarzt sind je in ihrem Aufgabenbereich zuständig für die Marktüberwachung im Kompetenzbereich des Kantons.		
IX. RECHTSSCHUTZ UND STRAFBESTIMMUNGEN		
Art. 89 Beschwerde		
¹ Verfügungen der kantonalen Ämter gemäss Art. 6-10 können binnen 20 Tagen nach erfolgter Zustellung mit Beschwerde bei der Direktion angefochten werden.		
² Verfügungen der Direktion sowie des Gemeinderates können binnen 20 Tagen nach erfolgter Zustellung mit Beschwerde beim Regierungsrat angefochten werden.		
³ Beschwerdeentscheide der Direktion sowie Entscheide und Beschwerdeentscheide des Regierungsrates können binnen 20 Tagen nach erfolgter Zustellung mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden.		
⁴ Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.		
⁵ Vorbehalten bleiben die Rechtsmittel der Spezialgesetzgebung.		
Art. 90 Strafbestimmungen		
¹ Unter Vorbehalt der Strafbestimmungen des Bundesrechts wird mit Busse bis Fr. 100'000.- bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Art. 18, 30, 32, 34, 35, 36-38, 45, 47, 49, 50, 55, 60, 63, 71, 72, 80-86 verstösst.		¹ Unter Vorbehalt der Strafbestimmungen des Bundesrechts wird mit Busse bis Fr. 100'000.- bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die Art. 18, 19, 30, 32, 34-38, 45, 47, 49, 50, 60, 63, 72 und 80-86 verstösst.
² Versuch und Gehilfenschaft sind strafbar.		
³ Anstelle einer juristischen Person sind die natürlichen Personen strafbar, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen. Können diese nicht festgestellt werden, wird die juristische Person oder die Gesellschaft zur Bezahlung der Busse verurteilt.		

X. ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN		
Art. 91 Vollzug		
Der Regierungsrat erlässt die zum Vollzug dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen.		
Art. 92 Änderung des Sozialhilfegesetzes		
Das Gesetz vom 29. Januar 1997 über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) ¹⁴ wird wie folgt geändert: ...		
Art. 93 Übergangsbestimmungen		
¹ Ist ein Beruf im Gesundheitswesen nach diesem Gesetz nicht mehr bewilligungspflichtig, erlischt die erteilte Bewilligung mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.		
² Ist ein Beruf weiterhin bewilligungspflichtig, bleibt die bisherige Bewilligung in Kraft.		
³ Personen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes einen bewilligungspflichtigen Beruf des Gesundheitswesens ausüben und über 70 Jahre alt sind, müssen binnen drei Monaten ein Gesuch gemäss Art. 27 Abs. 1 Ziff. 2 einreichen.		
⁴ Personen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes eine neu der Bewilligungspflicht unterstellte Tätigkeit ausüben, haben innerhalb von sechs Monaten ein Gesuch einzureichen.		
⁵ Die Institutionen im Gesundheitswesen haben ab dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Frist von einem Jahr, um eine Betriebsbewilligung zu beantragen.		
⁶ Automaten zum Verkauf von Tabak und Tabakerzeugnissen, welche die Voraussetzungen von Art. 72 Abs. 2 nicht erfüllen, sind noch ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Gesetzes zugelassen.		
Art. 93a Übergangsbestimmung zur Änderung vom 22. Oktober 2014 1. Investitionsdarlehen für Pflegebetten²²		
¹ Der Kanton hat den Leistungserbringern die jährlich geschuldete Rückzahlungsrate für Investitionsdarlehen für Pflegebetten gemäss Art. 41c zu erlassen:		

1. zu 100 Prozent in den Jahren 2015 bis 2021;		
2. zu zwei Dritteln in den Jahren 2022 bis 2026;		
3. zu einem Drittel in den Jahren 2027 bis 2031.		
<p>²Bei einer Zweckentfremdung gemäss Art. 41g hat der Leistungserbringer zusätzlich die jährlich geschuldeten Rückzahlungsraten, die der Kanton gemäss Abs. 1 erlassen hat, nachträglich ohne Zinsen dem Kanton zurückzahlen. Die Rückzahlungsraten sind am Ende desjenigen Monats fällig, in dem die Zweckentfremdung erfolgt.</p>		
Art. 93b 2. Investitionsbeiträge an Pflegeheime²²		
<p>Wurden an Pflegeheime vor Inkrafttreten der Änderung vom 22. Oktober 2014 Investitionsbeiträge ausgerichtet, gelten für diese Beiträge weiterhin die Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Januar 1997 über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)¹⁴ und der Vollziehungsverordnung vom 28. Mai 1991 zum Sozialhilfegesetz betreffend die Leistungen von Investitionsbeiträgen an Heime (Sozialhilfeverordnung 2)²³, insbesondere die Bestimmungen zur Zweckentfremdung.</p>		
Art. 93c 3. bedingt rückzahlbare, zinslose Darlehen an Heime für Betagte²²		
<p>¹Wurden an Heime für Betagte vor Inkrafttreten der Änderung vom 22. Oktober 2014 bedingt rückzahlbare, zinslose Darlehen ausgerichtet, gelten unter Vorbehalt von Abs. 2 und 3 weiterhin die Bestimmungen des Gesetzes vom 29. Januar 1997 über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)¹⁴ und der Vollziehungsverordnung vom 28. Mai 1991 zum Sozialhilfegesetz betreffend die Leistungen von Investitionsbeiträgen an Heime (Sozialhilfeverordnung 2)²³.</p>		
<p>²Die bisherigen Bestimmungen kommen nur für diejenigen Pflegebetten zur Anwendung, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erstellt wurden.</p>		
<p>³Die Amortisation der Darlehen hat ab Inkrafttreten der Änderung vom 22. Oktober 2014 in jährlichen Raten zu erfolgen. Die Raten sind derart zu bemessen, dass die Darlehen per 31. Dezember 2032 vollständig getilgt sind. § 16 der Sozialhilfeverordnung 2²³ ist nicht mehr anwendbar.</p>		
Art. 93d 4. Investitionsdarlehen an Ersatzbauten²²		
<p>¹An Ersatzbauten von Leistungserbringern, die gemäss Art. 62 ff. des Gesetzes vom 29. Januar 1997 über die Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)¹⁴ bedingt rückzahlbare, zinslose Darlehen erhalten haben, werden einmalig Investitionsdarlehen gemäss Art. 41a ff. ausgerichtet.</p>		

<p>²Die bei Gewährung der Investitionsdarlehen bestehende Restschuld aus dem bedingt rückzahlbaren, zinslosen Darlehen ist mit Inbetriebnahme des Ersatzbaus dem Kanton zurückzuzahlen.</p>		
<p>³Der Anspruch auf Investitionsdarlehen erlischt, wenn nicht binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten der Änderung vom 22. Oktober 2014 eine rechtskräftige Baubewilligung für die Ersatzbaute vorliegt. Bei Erlöschen des Anspruchs sind bereits geleistete Investitionsdarlehen zurückzuzahlen.</p>		
<p>Art. 94 Aufhebung bisherigen Rechts</p>		
<p>Alle mit diesem Gesetz in Widerspruch stehenden Bestimmungen sind aufgehoben, insbesondere:</p>		
<p>1. das Gesetz vom 29. April 1973 über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)¹⁵;</p>		
<p>2. die Verordnung vom 10. Dezember 1997 über die Berufe der Gesundheitspflege (Gesundheitsverordnung)¹⁶;</p>		
<p>3. die Vollziehungsverordnung vom 27. März 1981 zum Gesetz über das Kantonsspital (Spitalverordnung)¹⁷;</p>		
<p>4. Art. 3 Abs. 2 Ziff. 3 und Art. 8 Abs. 1 des Gesetzes vom 27. April 1969 über das Veterinärwesen¹⁸.</p>		
<p>Art. 95 Inkrafttreten</p>		
<p>¹Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.</p>		
<p>²Es ist betreffend die Bestimmungen zu den Heilmitteln dem Bund zur Kenntnis zu bringen.</p>		
<p>³Der Regierungsrat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens¹ fest.</p>		
<p>Änderung des Gesetzes vom 17. April 2002 über die Volksschule (Volksschulgesetz, VSG)</p>		
<p>Art. 48 Grundsatz</p>		
<p>⁴Zur Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse und zur Prävention richten die Schulträger schulärztliche und schulzahnärztliche Dienste ein. Deren Tätigkeit untersteht der fachlichen Aufsicht durch die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt.</p>		<p>¹Zur Überwachung der gesundheitlichen Verhältnisse und zur Prävention richten die Schulträger schulärztliche und schulzahnärztliche Dienste ein. Deren Tätigkeit untersteht der fachlichen Aufsicht durch die Kantonsärztin oder den Kantonsarzt beziehungsweise die Kantonszahnärztin oder den Kantonszahnarzt.</p>
<p>²Die schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienste führen obligatorische Untersuchungen durch. Die Eltern können diese auch durch eine Ärztin oder einen Arzt des persönlichen Vertrauens durchführen lassen.</p>		
<p>³Der Regierungsrat regelt in einer Vollzugsverordnung Aufgaben und Or-</p>		

ganisation dieser Dienste, insbesondere:		
1. die Pflichten der schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienste;		
2. Zeitpunkt, Umfang und Inhalt der obligatorischen Untersuchungen;		
3. die Entschädigung der schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienste;		
4. die Tätigkeit der Kantonsärztin oder des Kantonsarztes zugunsten der schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienste;		4. die Tätigkeit der Kantonsärztin oder des Kantonsarztes beziehungsweise der Kantonszahnärztin oder des Kantonszahnarztes zugunsten der schulärztlichen und schulzahnärztlichen Dienste;
5. die Aufgaben der Lehrpersonen im Bereich der gesundheitlichen Prävention und in der Zusammenarbeit mit den schulärztlichen und schulzahnärztlichen Diensten.		
⁴ Impfungen sind freiwillig und erfolgen mit schriftlicher Zustimmung der Eltern.		